

## Solijugend gegen Rassismus und Diskriminierung

Anschläge auf Flüchtlingsheime, Beleidigungen, ja sogar Verfolgung – damit sind Geflüchtete aktuell in Deutschland konfrontiert. Aber auch Menschen, die schon lange in Deutschland leben sind aufgrund ihres Aussehens, ihrer kulturellen Herkunft, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung oder Religion von rassistischen Übergriffen und Diskriminierung betroffen.

An manchen Orten fühlen sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte nicht mehr sicher. Viele reden nicht darüber, was ihnen passiert. Manche ziehen sich aufgrund des Hasses, der ihnen entgegengebracht wird, aus dem sozialen Leben zurück.

Diese Entwicklungen verurteilen wir auf das Schärfste und fordern deshalb den konsequenten Einsatz aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte gegen Rechtsextremist\_innen, Rechtspopulist\_innen und dem rechten Spektrum zuzuordnenden Bewegungen und Gruppierungen. Als Kinder- und Jugendverband sind wir eine demokratische (Selbst-)Organisation, die für eine tolerante, solidarische und vielfältige Gesellschaft sowie für die Anerkennung von Unterschieden einsteht.

Gleichermaßen stellen wir uns gegen alle Formen von Diskriminierung aufgrund phänotypischer Merkmale wie Hautfarbe oder Gesichtszüge, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder einer unterstellten nationalen Herkunft von Personen.

„Racial Profiling“ auch „Ethnisches Profiling“ genannt, beschreibt das Handeln von Polizei-, Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbeamten bei polizeilichen Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen, Überwachungen etc., wenn dieses auf allgemeine Kriterien wie phänotypischen Merkmalen, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder einer unterstellten nationalen Herkunft einer Person basiert. Das „Racial Profiling“ stellt somit eine nicht hinnehmbare Diskriminierung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte dar und verstärkt Stereotype und Vorurteile. Es ist nicht mit dem Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3) vereinbar und gehört somit abgeschafft.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

- sich der Problematik des „Racial Profiling“ in Bund und Ländern anzunehmen.

- unabhängige Melde- und Beschwerdestrukturen für alle Mitbürger\_innen zu schaffen, deren Grund- und Menschenrechte durch rassistische polizeiliche Eingriffe berührt werden.
- die Aufnahme interkultureller Trainings in die Aus- und Weiterbildung für Polizist\_innen zu institutionalisieren. Hierdurch würden Polizist\_innen befähigt, ihre hoheitlichen Aufgaben reflektierter und ohne ein „Racial Profiling“ auszuführen.
- Diskriminierungstatbestände wie das „Racial Profiling“ durch die Polizei in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufzunehmen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, auch Anti-Diskriminierungsgesetz genannt, ist reformbedürftig, da es keinen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung bietet. Laut einer repräsentativen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle reichten 2014-15 nur 6% der von einer Diskriminierung betroffenen Personen eine Anklage ein. Die Beschwerdefrist, die momentan nur zwei Monate beträgt, muss deshalb verlängert werden. Außerdem fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts, da viele Betroffene Aufwand und Kosten eines Gerichtsprozesses scheuen. Es würde darüber hinaus Prozesse bei sogenannter opferloser Diskriminierung möglich machen, zum Beispiel, wenn ein Arbeitgeber öffentlich bekannt gibt, keine Arbeitnehmer\_innen einer bestimmten ethnischen Herkunft einzustellen.

Effektiv sind zudem positive, auf Langzeit angelegte Maßnahmen. Der öffentliche Dienst sollte Gleichbehandlungsprogramme zur Gleichstellung von "Minderheiten" wie in Irland oder Großbritannien einführen. Dort werden regelmäßig Ziele festgelegt - zum Beispiel, wie bestimmte Minderheiten in Führungspositionen repräsentiert werden.

Alltagsrassismus entgegentreten - Austausch & Zivilcourage fördern

Integration heißt für uns nicht Assimilation. Wir wollen keine Anpassung der Migrant\_innen an die neue Kultur, sondern ein gegenseitiges Aufeinander-Zugehen. Das erfordert gleichermaßen Anstrengungen von den hier lebenden Menschen und von den zu uns kommenden Menschen. Wir fordern deshalb die Begegnungsmöglichkeiten und den Kulturaustausch massiv auszubauen und bereits vorhandene Strukturen zu stärken. Gerade der europäische und internationale Jugendaustausch fördert das gegenseitige Verständnis schon frühzeitig und muss wieder zur grundlegenden Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe werden. Die Bereitstellung zusätzlicher

# Positionspapier

finanzieller Mittel durch die Bundesregierung ist für diesen Zweck dringend nötig.

Bei der Wohnungssuche, im Bewerbungsverfahren, sogar bei der Mitfahrgelegenheit: In vielen Situationen werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt. Hier gilt es durch gezielte Aufklärungskampagnen und Integrationsprogramme anzusetzen.

Im Einstellungsverfahren bei Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen fordern wir eine Etablierung anonymisierter Bewerbungsverfahren für alle Sektoren und Bereiche (öffentlicher Dienst, Industrie, etc.).

Auch in Schulen kommt es zu rassistischen Äußerungen und Handlungen. Gerade sie sollten der Ort sein, an dem tolerante Bürger\_innen von morgen gebildet werden. Um dies zu ermöglichen, fordern wir die Themen Rassismus und Diskriminierung stärker in den Unterricht einzubinden. Alle Lehrer\_innen sollten zudem an interkulturellen Trainings teilnehmen.